

Kramer: Künftige europäische Friedensordnung muss Russland einbinden

Bonn, Erfurt (epd). Die Evangelische Friedensarbeit hat eine zunehmende Kriegslogik in Deutschland kritisiert und gefordert, stattdessen den Blick stärker auf eine zukünftige neue europäische Friedensordnung zu richten. Dazu gehöre auch die Frage, wie Russland in diese Ordnung künftig eingebunden werden könne, erklärte der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Friedrich Kramer, am Donnerstag in Bonn. Bei allem berechtigten Entsetzen über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sei aus dem Blick geraten, „dass neue, verstärkte Bemühungen um Völkerverständigung auch mit Russland erforderlich sein werden, selbst wenn diese derzeit kaum möglich erscheinen“.

Kramer mahnte stärkere Friedensbemühungen an: „Deutschland sollte alles dafür tun, dass Wege hin zu einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen eröffnet werden.“ Dazu würde auch gehören, weitere Gesprächsmöglichkeiten über die Vereinten Nationen oder die OSZE auszuloten, „damit dieses schreckliche Sterben auf den Schlachtfeldern in der Ukraine ein Ende findet“, sagte der EKD-Friedensbeauftragte und Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland.

Die Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Christine Busch, beklagte es als kaum zu überbietenden Zynismus, dass die Rüstungsindustrie „durch neue lukrative Aufträge und enorme Gewinne vom Krieg zu profitieren scheint“. Busch kritisierte zudem eine immer großzügigere Praxis der deutschen Rüstungsexporte. Als Beispiel nannte die ehemalige Landeskirchenrätin der Evangelischen Kirche im Rheinland Waffenlieferungen an Saudi-Arabien trotz dessen Beteiligung am Jemen-Krieg.

Tagung zur „Zeitenwende“ ein Jahr nach Beginn des Ukraine-Krieges

Schwerte (epd). Der Marburger Theologieprofessor Rainer Kessler, die Osteuropaforscherin Katrin Boeckh aus München oder der Geologe Martin Pein vom Geozentrum in Hannover nehmen am 23. und 24. Februar an einer Online-Tagung der Evangelischen Akademie Villigst teil. Unter dem Titel „Gerecht leben oder gut leben“ sollen die politischen und ethischen Verschiebungen seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine vor einem Jahr beleuchtet werden, wie die Akademie in Schwerte mitteilte. Dabei sollten Zukunftsperspektiven für ein gerechtes und gutes Leben in einem friedlichen Europa entworfen werden.

Kirchen

Kirchen

Hinter der von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufenen „Zeitenwende“ verbergen sich politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Umbrüche von größtem Ausmaß, wie es hieß. Mit den Erfahrungen des ersten Jahres des Ukraine-Krieges zeichneten sich diese Konturen allmählich deutlicher ab. Auf der zweitägigen Tagung gehe es um die Frage nach der Energie-Versorgung Europas, die unmittelbar mit dem Krieg verbunden sei, aber auch generelle Fragen zur Gerechtigkeit der Sozialsysteme, der Arbeit und dem Klima berühre. Hier solle der Blick vor allem auf immaterielle Werte und Ideen gelenkt werden, die Menschen befähigten, sich ein sinnstiftendes Leben zu geben, erklärte die Akademie.

Weitere Informationen zur Tagung und Anmeldung unter: www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen. Die Teilnahmegebühr beträgt 25 Euro.

Erzbischof Woelki: Soldaten sorgen für „Frieden in der Welt“

Köln (epd). Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki hat deutsche Soldatinnen und Soldaten als Friedensstifter gewürdigt. Sie leisteten Ihren Dienst „in einzigartiger Weise mit Sorge um den Frieden in der Welt“, sagte Woelki am Donnerstag laut Manuskript bei einem Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag im Kölner Dom. Im Zweifel setzten die Soldaten „in der Fremde ihr Leben aufs Spiel für den Frieden, für die Freiheit unserer Nation, für ein freies Europa, für eine gerechte Welt in Sicherheit mit lebenswürdigen Bedingungen“.

Getreu dem Bibelzitat „Selig, die Frieden stiften“ (Mt 5,9) übernehme die Bundeswehr mit ihren Partnern „Verantwortung für die Sicherheit Europas“ und verteidige Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht, sagte der Kardinal. Die Bundeswehr leiste internationales Krisenmanagement und internationale Katastrophenhilfe und diene „damit einem Frieden, der nicht nur Waffenstillstand ist“. Die Soldatinnen und Soldaten trügen so zu einem Frieden bei, „der viel umfassender ist und unseren christlichen Auftrag widerspiegelt“.

Vor dem Dom protestierten etwa 20 Menschen unter dem Motto „Mit Gottes Segen in den Kugelregen“ gegen den Gottesdienst. Aufgerufen zu der Aktion hatte das Kölner Friedensforum. Die Teilnehmer kritisierten, dass der internationale Soldatengottesdienst dazu beitrage, der Bundeswehr und dem Militarismus in der Öffentlichkeit Raum zu geben.